



SCHWEIZERISCHER BUNDESRAT
 CONSEIL FÉDÉRAL SUISSE
 CONSIGLIO FEDERALE SVIZZERO

Beschluss

Décision 7. August 1990 A.o.

Decisione

1467

Bern, den 6. August 1990

Verordnung über Wirtschaftsmassnahmen gegenüber der
 Republik Irak und dem Staat Kuwait

Aufgrund des Antrags des EDA vom 6. August 1990

Aufgrund der Telefon-Konferenz des Bundesrates wird

b e s c h l o s s e n :

1. Die Verordnung über Wirtschaftsmassnahmen gegenüber der Republik Irak und dem Staat Kuwait wird mit Aenderungen gutgeheissen und tritt am 7. August 1990 in Kraft.
2. Die BK und das EDA werden beauftragt, die von den Departementschefs vorgeschlagenen Aenderungen vorzunehmen und dafür zu sorgen, dass der Text mit der vom Sicherheitsrat der UNO beschlossenen Resolution in dieser Angelegenheit übereinstimmt.

Für getreuen Auszug,
 der Protokollführer:

Veröffentlichung

Amtliche Sammlung

Protokollauszug an:				
<input type="checkbox"/> ohne / <input checked="" type="checkbox"/> mit Beilage				
z.V.	z.K.	Dep.	Anz.	Akten
X		EDA	10	-
		EDI		
	X	EJPD	5	-
		EMD		
	X	EFD	2	-
	X	EVD	10	-
		EVED		
	X	BK	6	-
		EFK		
		Fin.Del.		

EIDGENÖSSISCHES DEPARTEMENT
 FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN
 DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DES AFFAIRES ÉTRANGÈRES
 DIPARTIMENTO FEDERALE DEGLI AFFARI ESTERI

Bern, den 6. August 1990

An den Bundesrat

Verordnung über Wirtschaftsmassnahmen gegenüber der Republik
 Irak und dem Staat Kuwait

1. Ausgangslage

- Invasion Kuwaits durch den Irak
- Verurteilung der Invasion durch den Bundesrat
- Wirtschaftsmassnahmen der EG und Japans
- Resolution des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen
 (Inhalt)

Wir schlagen vor, dass der Bundesrat in Anlehnung an die für die UNO-Mitglieder völkerrechtlich verbindliche Resolution des UNO-Sicherheitsrates eine Verordnung über Wirtschaftsmassnahmen gegenüber der Republik Irak und dem Staat Kuwait (Beilage) erlässt.

2. Neutralitätsrechtliche Beurteilung

Der neutrale Staat hat sich im Falle einer bewaffneten Auseinandersetzung oder eines Krieges an die Regeln des Neutralitätsrechts zu halten, wie es vor allem im V. Haager Abkommen vom 18. Oktober 1907 betreffend die Rechte und Pflichten der neutralen Mächte und Personen im Falle eines Landkrieges (SR 0.515.21) niedergelegt ist. So darf^{er} den Kriegführenden keine finanzielle Unterstützung - im Sinne von Anleihen und

finanziellen Leistungen zur direkten Verwendung für die Kriegsführung - gewähren und keine Waffen und Munition liefern. Im übrigen bestehen aber keine wirtschaftlichen Neutralitätspflichten. Insbesondere trifft den Neutralen keine Pflicht, die Wirtschaftsbeziehungen mit einer Konfliktpartei aufrechtzuhalten. Während daher die Teilnahme an militärischen Sanktionen mit der Neutralität zum vornherein nicht vereinbart werden kann, ist es grundsätzlich durchaus zulässig, dass ein neutraler Staat unter bestimmten Voraussetzungen Wirtschaftsmassnahmen ergreift. Dies ist in erster Linie Sache seiner Neutralitätspolitik, die er nach freiem Ermessen gestalten kann.

3. Neutralitätspolitische Beurteilung

Der vorliegende Fall unterscheidet sich in grundlegender Weise von anderen Situationen, in denen die Schweiz zur Verhängung von Wirtschaftsmassnahmen aufgefordert wurde. Durch seine militärische Invasion hat der Irak das im Völkergewohnheitsrecht und in Art. 2 Abs. 4 der UNO-Charta verankerte Gewaltverbot verletzt. Dieses schreibt vor, dass alle Staaten in ihren internationalen Beziehungen jede gegen die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit eines Staates gerichtete Androhung oder Anwendung von Gewalt zu unterlassen habe. Der Irak hat damit gegen fundamentales Völkerrecht verstossen. Die Staatengemeinschaft ist sich - anders als etwa im Falle Südafrikas, Afghanistans oder des Falkland-Konflikts - in der Verurteilung des Rechtsbrechers und in der Verhängung von Wirtschaftssanktionen bis auf wenige Ausnahmen einig. Weil die internationale Staatengemeinschaft auf einer universellen Durchführung der Wirtschaftsmassnahmen beharrt, kann die Schweiz dabei nicht abseits stehen. Es ist nicht möglich, den unserer Neutralitätspolitik zugrundeliegenden Gleichbehandlungsgrundsatz auf zwei so ungleich Konfliktparteien wie einen einzelnen Rechtsbrecher einerseits und die ganze übrige Staatengemeinschaft andererseits anzuwenden.

Den in anderen Fällen von Sanktionen praktizierten "courant normal" (Stabilisierung des Handelsvolumens auf den Durchschnitt einer den Sanktionen vorangegangenen repräsentativen Basisperiode) vermag hier nicht zu genügen. Die Einführung dieser Massnahme gegenüber dem Rechtsbrecher Irak wäre zwar durchaus möglich. Hingegen wäre eine Anwendung des "courant normal" gegenüber der anderen "Partei", d.h. der in der UNO vereinten übrigen Welt, nicht denkbar.

Neutralitätspolitik ist wie jede Politik Interessenpolitik. Sie dient der Wahrung der schweizerischen Interessen im Ausland. Wenn die Schweiz keine Wirtschaftssanktionen gegen den Irak ergreift, so stellt sie sich in den Augen der ganzen übrigen Staatengemeinschaft auf die Seite des Rechtsbrechers. Unsere Haltung würde im Ausland nicht verstanden. Unser Ansehen würde weltweit, insbesondere aber in Westeuropa, grossen Schaden erleiden. Die schweizerische Neutralitätspolitik würde ihre Glaubwürdigkeit einbüßen. Das Ergreifen dieser Wirtschaftssanktionen liegt daher im ausserpolitischen Interesse der Schweiz. Zudem wird auf diese Weise vermieden, dass die Schweiz durch ein Abseitsstehen zur Drehscheibe für Umgehungsgeschäfte mit dem Irak werden kann.

4. Uebrige schweizerische Interessen im Irak und in Kuwait

Die schweizerischen Wirtschaftsinteressen im Irak und in Kuwait sind sehr gering (Exporte nach dem Irak 1989 311 Mio. SFr., 1990 100 Mio. SFr., nach Kuwait 1989 46,7 Mio. SFr., 1990 68,4 Mio. SFr.). Der Anteil der Märkte Irak und Kuwait zusammen am Gesamtexport der Schweiz ist sehr klein (1984 0,4 %). Die Schweiz bezieht aus diesen Ländern kein Erdöl.

Wenn die Schweiz Wirtschaftsmassnahmen gegen den Irak ergreift, kann nicht ausgeschlossen werden, dass die irakische Regierung völkerrechtswidrige Massnahmen gegen Schweizer ergreift, die sich im Irak und im Kuwait aufhalten.

Ferner ist nicht auszuschliessen, dass die Tätigkeit des IKRK im Irak unterbunden wird.

Wir halten die aussenpolitischen Interessen der Schweiz, die für die Ergreifung von Wirtschaftsmassnahmen sprechen, für überwiegend.

EIDGENÖSSISCHES DEPARTEMENT
FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN

5. Rechtsgrundlage

Die Wirtschaftsmassnahmen gegenüber dem Irak und Kuwait werden gestützt auf Art.102 Ziff.8 BV erlassen, wonach der Bundesrat die Interessen der Eidgenossenschaft nach aussen zu wahren hat. Auf der Grundlage dieser Bestimmungen ist der Bundesrat befugt, notwendige Massnahmen zu treffen, um die Störung der Beziehungen der Schweiz zu anderen Staaten zu vermeiden und um die Erhaltung der internationalen Stellung und des Ansehens der Schweiz zu gewährleisten. Die Schweiz ergreift diese wirtschaftlichen Sanktionen gegenüber dem Irak und Kuwait als autonome Massnahme. Im Gegensatz zu den UNO-Mitgliedern trifft die Schweiz keine Rechtspflicht zu ihrer Verhängung.

6. Ergebnisse der Rücksprache mit interessierten Bundesämtern

Im Hinblick an:

Protokollauszug an:

Die im Vorverfahren konsultierten Dienststellen erklären sich mit unserem Antrag einverstanden.

EFD

- EDA

10 Ex.

EJPD

- EVD

10 Ex.

7. Antrag

- EFD

5 Ex.

- EJPD

2 Ex.

Wir beantragen Ihnen, dem beiliegenden Beschlussentwurf zuzustimmen.

7. Antrag

Wir beantragen Ihnen, dem beiliegenden Beschlusssentwurf zuzustimmen.

EIDGENOESSISCHES DEPARTEMENT
FUER AUSWAERTIGE ANGELEGENHEITEN



René Felber

Beschlussen:

Veröffentlichung: Amtliche Sammlung

Beilagen:

- Entwurf des Beschlussesdispositiv
- Entwurf der Verordnung *mit Änderungen*

Zum Mitbericht an:

- Bundeskanzlei
- EVD
- EFD
- EJPD

Für getreuen Auszug.

Protokollauszug an:

- Bundeskanzlei 1 Ex.
- EDA 10 Ex.
- EVD 10 Ex.
- EFD 5 Ex.
- EJPD 2 Ex.

Veröffentlichung:

Amtliche Sammlung

Verordnung über Wirtschaftsmassnahmen gegenüber der Republik
Irak und dem Staat Kuwait

Aufgrund des Antrages des Eidgenössischen Departementes für
auswärtige Angelegenheiten vom

Aufgrund des Ergebnisses des Mitberichtsverfahrens wird

beschlossen:

Die Verordnung über Wirtschaftsmassnahmen gegenüber der Republik
Irak und dem Staat Kuwait wird ^{gutgeheissen} und tritt am 7.8.90.
in Kraft.

mit Änderungen

Für getreuen Auszug,
Der Protokollführer:

Veröffentlichung:

Amtliche Sammlung

- 2 -

Verordnung über Wirtschaftsmassnahmen gegenüber der Republik
Irak und dem Staat Kuwait

Der Handel mit der Republik Irak und dem Staat Kuwait ist
verboten.

vom

Der Schweizerische Bundesrat,
gestützt auf Artikel 102 Ziffern 8 und 9 der Bundesverfassung,

die Ausfuhr von Waren nach der Republik Irak und dem Staat
verordnet:

1. den Ankauf, Verkauf und die Vermittlung von Waren irakischen
oder kuwaitischen Ursprungs;

2. die Beförderung von Waren irakischen oder kuwaitischen
Ursprungs oder die Ueberlassung von Frachtraum zu diesem
Zweck (Charter) durch Strassen-, See- und Lufttransportunter-
nehmen.

Artikel 2 Zahlungsverkehr, Kredite

Zahlungen oder Darlehen an irakische oder kuwaitische natür-
liche oder juristische Personen privaten und öffentlichen Rechts
im Zusammenhang mit Geschäften gemäss Artikel 1 sind untersagt.

Untersagt sind ferner sämtliche übrigen Finanztransaktionen an
die irakische Regierung oder an gewerbliche, industrielle oder
landwirtschaftliche Unternehmen in der Republik Irak und im Staat
Kuwait.

Artikel 3 Meldepflicht

Meldepflichtig sind alle Geschäfte, oder Verhandlungen darüber,
zwischen natürlichen oder juristischen Personen in der Schweiz

Artikel 1 Handelsverbot

¹Der Handel mit der Republik Irak und dem Staat Kuwait ist untersagt.

²Verboten sind namentlich:

- a) Die Ein- und Durchfuhr von Waren irakischen oder kuwaitischen Ursprungs;
- b) die Ausfuhr von Waren nach der Republik Irak und dem Staat Kuwait;
- c) der Ankauf, Verkauf und die Vermittlung von Waren irakischen oder kuwaitischen Ursprungs;
- d) die Beförderung von Waren irakischen oder kuwaitischen Ursprungs oder die Ueberlassung von Frachtraum zu diesem Zweck (Charter) durch Strassen-, See- und Lufttransportunternehmen.

Artikel 2 Zahlungsverkehr, Kredite

¹Zahlungen oder Darlehen an irakische oder kuwaitische natürliche oder juristische Personen privaten und öffentlichen Rechts im Zusammenhang mit Geschäften gemäss Artikel 1 sind untersagt.

²Untersagt sind ferner sämtliche übrigen Finanztransaktionen an die irakische Regierung oder an gewerbliche, industrielle oder öffentliche Unternehmen in der Republik Irak und im Staat Kuwait.

Artikel 3 Meldepflicht

¹Meldepflichtig sind alle Geschäfte, oder Verhandlungen darüber, zwischen natürlichen oder juristischen Personen in der Schweiz

und irakischen oder kuwaitischen natürlichen oder juristischen Personen privaten oder öffentlichen Rechts, welche zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Verordnung noch nicht durch beidseitige Erfüllung abgeschlossen wurden.

²Die Meldungen sind an das Eidgenössische Volkswirtschaftsdepartement (Bundesamt für Aussenwirtschaft) zu richten.

Artikel 4 Ausnahmen

¹Von der Verordnung sind ausgenommen:

- a) Die Aus- und Durchfuhr von Waren zu medizinischen oder humanitären Zwecken;
- b) die Aus- und Durchfuhr von Lebensmitteln in humanitären Ausnahmesituationen;
- c) die Beförderung von Reisegepäck und -gut bei Personentransporten zu oder von der Republik Irak oder dem Staat Kuwait;
- d) die Aus- und Durchfuhr von Waren sowie der Zahlungsverkehr für den gewöhnlichen Bedarf und den Unterhalt der Schweizerischen Vertretungen in der Republik Irak und dem Staat Kuwait, dem Internationalen Komitee für das Rote Kreuz (IKRK) und den dort niedergelassenen Schweizerischen Unternehmen;
- e) die Einfuhr von Waren und der Zahlungsverkehr zugunsten der irakischen Botschaft in der Schweiz sowie der kuwaitischen Mission bei den Vereinten Nationen in Genf, im Rahmen der anwendbaren völkerrechtlichen Bestimmungen.

²Das Eidg. Volkswirtschaftsdepartement entscheidet nach Rücksprache mit dem EDA in Zweifelsfällen über Ausnahmegewilligungen. Der Entscheid kann innert 10 Tagen an den Bundesrat weitergezogen werden.

Artikel 7 Übergangsbestimmungen, Inkrafttreten

Artikel 5 Strafbestimmungen

¹ Straffbar ist:

- a) Wer mit natürlichen oder juristischen Personen privaten oder öffentlichen Rechts aus der Republik Irak oder dem Staat Kuwait Geschäfte gemäss Artikel 1 und 2 tätigt;
- b) wer mit Dritten derartige Geschäfte tätigt, von denen er weiss oder wissen musste, dass die tatsächlich Begünstigten natürlichen oder juristischen Personen privaten oder öffentlichen Rechts aus der Republik Irak oder dem Staat Kuwait sind;
- c) wer die Meldepflicht gemäss Artikel 3 der Verordnung verletzt.

² Strafen:

- a) Widerhandlungen gegen Verordnung werden mit Busse bis zum zehnfachen Betrag des Inlandwertes der Waren bestraft. Der Inlandwert richtet sich nach zu dem zur Zeit der Entdeckung geltenden Marktpreis. Bei Finanztransaktionen gilt der zehnfache Betrag der in Frage stehenden Summe.
- b) Widerhandlungen gegen die Meldepflicht wird mit Busse bis zu Fr. 2'000.-- bestraft.

³ Das Bundesgesetz vom 22. März 1971¹⁾ über das Verwaltungsstrafrecht findet Anwendung. Die Verfolgung und Beurteilung von Widerhandlungen ist dem Eidg. Volkswirtschaftsdepartement übertragen.

Artikel 6 Vollzugsvorschriften

Das Eidg. Volkswirtschaftsdepartement ist ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Eidg. Departement für auswärtige Angelegenheiten und dem Eidg. Finanzdepartement die erforderlichen Vollzugsvorschriften zu erlassen.

Artikel 7 Uebergangsbestimmungen, Inkrafttreten

¹Die Verordnung findet auf sämtliche Geschäfte Anwendung, welche im Moment ihres Inkrafttretens nicht durch beidseitige Erfüllung abgeschlossen wurden.

²Diese Verordnung tritt sofort in Kraft.

- 2 -

Verordnung über Wirtschaftsmassnahmen gegenüber der Republik
Irak und dem Staat Kuwait

Der Handel mit der Republik Irak und dem Staat Kuwait ist
untersagt.

vom

Verboten sind namentlich:

Der Schweizerische Bundesrat, Waren irakischen oder kuwaitischen
gestützt auf Artikel 102 Ziffern 8 und 9 der Bundesverfassung,

1) die Ausfuhr von Waren nach der Republik Irak und dem Staat

verordnet:

a) der Ankauf, Verkauf und die Vermittlung von Waren irakischen
oder kuwaitischen Ursprungs;

b) die Beförderung von Waren irakischen oder kuwaitischen
Ursprungs und die Ueberlassung von Frachtraum zu diesem Zweck
(Charter) durch Strassen-, See- und Lufttransportunter-
nehmungen.

Artikel 2 Zahlungsverkehr, Kredite

Zahlungen oder Darlehen an irakische oder kuwaitische natür-
liche oder juristische Personen privaten und öffentlichen Rechts
in Zusammenhang mit Geschäften gemäss Artikel 1 sind untersagt.

Untersagt sind ferner sämtliche übrigen Finanztransaktionen an
die irakische Regierung oder an gewerbliche, industrielle oder
öffentliche Unternehmen in der Republik Irak und im Staat
Kuwait.

Der Schutz der Guthaben in der Schweiz der rechtmässigen
Regierung des Staates Kuwait wird durch eine gesonderte Verord-
nung geregelt.

Artikel 1 Handelsverbot

¹Der Handel mit der Republik Irak und dem Staat Kuwait ist untersagt.

²Verboten sind namentlich:

- a) Die Ein- und Durchfuhr von Waren irakischen oder kuwaitischen Ursprungs;
- b) die Ausfuhr von Waren nach der Republik Irak und dem Staat Kuwait;
- c) der Ankauf, Verkauf und die Vermittlung von Waren irakischen oder kuwaitischen Ursprungs;
- d) die Beförderung von Waren irakischen oder kuwaitischen Ursprungs und die Ueberlassung von Frachtraum zu diesem Zweck (Charter) durch Strassen-, See- und Lufttransportunternehmen.

Artikel 2 Zahlungsverkehr, Kredite

¹Zahlungen oder Darlehen an irakische oder kuwaitische natürliche oder juristische Personen privaten und öffentlichen Rechts im Zusammenhang mit Geschäften gemäss Artikel 1 sind untersagt.

²Untersagt sind ferner sämtliche übrigen Finanztransaktionen an die irakische Regierung oder an gewerbliche, industrielle oder öffentliche Unternehmen in der Republik Irak und im Staat Kuwait.

³Der Schutz der Guthaben in der Schweiz der rechtmässigen Regierung des Staates Kuwait wird durch eine gesonderte Verordnung geregelt.

Artikel 3 Meldepflicht

¹Meldepflichtig sind alle Geschäfte, oder Verhandlungen darüber, zwischen natürlichen oder juristischen Personen in der Schweiz und irakischen oder kuwaitischen natürlichen oder juristischen Personen privaten oder öffentlichen Rechts, welche zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Verordnung noch nicht durch beidseitige Erfüllung beendet wurden.

²Die Meldungen sind an das Eidgenössische Volkswirtschaftsdepartement zu richten.

Artikel 4 Ausnahmen

¹Von der Verordnung sind ausgenommen:

- a) Die Aus- und Durchfuhr von Waren zu medizinischen oder humanitären Zwecken;
- b) die Aus- und Durchfuhr von Lebensmitteln in humanitären Ausnahmesituationen;
- c) die Beförderung von Reisegepäck und -gut bei Personentransporten zu oder von der Republik Irak oder dem Staat Kuwait;
- d) die Aus- und Durchfuhr von Waren sowie der Zahlungsverkehr für den gewöhnlichen Bedarf und den Unterhalt der Schweizerischen Vertretungen in der Republik Irak und dem Staat Kuwait, des Internationalen Komitee für das Rote Kreuz (IKRK) und der dort niedergelassenen Schweizerischen Unternehmen;
- e) die Einfuhr von Waren und der Zahlungsverkehr zugunsten der irakischen Botschaft in der Schweiz sowie der kuwaitischen Mission bei den Vereinten Nationen in Genf, im Rahmen der anwendbaren völkerrechtlichen Bestimmungen.

f) Härtefälle

²Das Eidg. Volkswirtschaftsdepartement entscheidet nach Rücksprache mit dem zuständigen Departement über Ausnahmegewilligungen. Der Entscheid kann an den Bundesrat weitergezogen werden.

Artikel 5 Strafbestimmungen

¹Strafbar ist:

- a) Wer mit natürlichen oder juristischen Personen privaten oder öffentlichen Rechts aus der Republik Irak oder dem Staat Kuwait Geschäfte gemäss Artikel 1 und 2 tätigt;
- b) wer mit Dritten derartige Geschäfte tätigt, von denen er weiss oder annehmen muss, dass die tatsächlich Begünstigten natürliche oder juristische Personen privaten oder öffentlichen Rechts aus der Republik Irak oder dem Staat Kuwait sind;
- c) wer die Meldepflicht gemäss Artikel 3 der Verordnung verletzt.

²Strafen:

- a) Widerhandlungen gegen das Handels-, Zahlungs- und Kreditverbot werden mit Busse bis zum zehnfachen Betrag des Inlandwertes der Waren bestraft. Der Inlandwert richtet sich nach zu dem zur Zeit der Entdeckung geltenden Marktpreis. Bei Finanztransaktionen gilt der zehnfache Betrag der in Frage stehenden Summe.
- b) Widerhandlungen gegen die Meldepflicht werden mit Busse bis zu Fr. 2'000.-- bestraft.

³Das Bundesgesetz vom 22. März 1974¹⁾ über das Verwaltungsstrafrecht findet Anwendung. Die Verfolgung und Beurteilung von Widerhandlungen ist dem Eidg. Volkswirtschaftsdepartement übertragen.

1) SR 313.0

Artikel 6 Vollzugsvorschriften

Das Eidg. Volkswirtschaftsdepartement ist ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Eidg. Departement für auswärtige Angelegenheiten und dem Eidg. Finanzdepartement die erforderlichen Vollzugsvorschriften zu erlassen.

Le Conseil fédéral suisse,

vu l'article 102, chiffres 8 et 9 de la constitution,

Artikel 7 Uebergangsbestimmungen, Inkrafttreten

¹Die Verordnung findet auf sämtliche Geschäfte Anwendung, welche im Moment ihres Inkrafttretens nicht durch beidseitige Erfüllung beendet wurden. Interdiction de commerce

²Diese Verordnung tritt am 7. August 1990, 11.00 Uhr, in Kraft.

L'Etat du Koweït est interdite.

Sont notamment interdits:

- a) L'importation et le transit de marchandises d'origine irakienne ou koweïtienne;
- b) L'exportation de marchandises à destination de la République d'Irak ou de l'Etat du Koweït;
- c) L'achat, la vente et la fourniture de marchandises d'origine irakienne ou koweïtienne;
- d) Le transport de marchandises d'origine irakienne ou koweïtienne et la mise à disposition de capacités de fret à cet effet par des entreprises de transport routier, maritime ou aérien.

Article 2 Transactions financières, crédits

1 Les versements de fonds ou les prêts à des personnes physiques ou des personnes morales de droit public ou privé, irakiennes ou koweïtiennes, en rapport avec des opérations au sens de l'article premier, sont interdits.

Ordonnance instituant des mesures économiques envers la
République d'Irak et l'Etat du Koweït

du ...

Le Conseil fédéral suisse,
vu l'article 102, chiffres 8 et 9 de la constitution,

arrête:

Article premier Interdiction de commerce

1 Toute activité commerciale avec la République d'Irak et
l'Etat du Koweït est interdite.

2 Sont notamment interdits:

- a) L'importation et le transit de marchandises d'origine
irakienne ou koweïtienne;
- b) L'exportation de marchandises à destination de la République
d'Irak ou de l'Etat du Koweït;
- c) L'achat, la vente et la fourniture de marchandises d'origine
irakienne ou koweïtienne;
- d) Le transport de marchandises d'origine irakienne ou
koweïtienne et la mise à disposition de capacités de fret à
cet effet par des entreprises de transport routier, maritime
ou aérien.

Article 2 Transactions financières, crédits

1 Les versements de fonds ou les prêts à des personnes
physiques ou des personnes morales de droit public ou privé,
irakiennes ou koweïtiennes, en rapport avec des opérations
au sens de l'article premier, sont interdits.

2 Sont en outre interdites toutes autres transactions financières avec le gouvernement irakien ou avec des entreprises commerciales ou industrielles ou des services publics, sis en Irak ou au Koweït.

3 La protection des avoirs en Suisse du gouvernement légitime du Koweït est réglée par une ordonnance séparée.

Article 3 Déclaration obligatoire

1 Doivent obligatoirement être déclarées toutes les opérations et négociations y relatives, entre des personnes physiques ou morales en Suisse et des personnes physiques ou des personnes morales de droit public ou privé, irakiennes ou koweïtiennes, qui, au moment de l'entrée en vigueur de la présente ordonnance, n'étaient pas encore menées à terme par une exécution bilatérale.

2 Les déclarations doivent être adressées au Département fédéral de l'économie publique.

Article 4 Exceptions

1 Sont exceptés de la présente ordonnance:

- a) L'exportation et le transit de marchandises à des fins médicales ou humanitaires;
- b) L'exportation et le transit de denrées alimentaires dans des situations exceptionnelles, au titre de l'aide humanitaire;
- c) L'acheminement de bagages en cas de transports de personnes à destination ou en provenance de la République d'Irak ou de l'Etat du Koweït;
- d) L'exportation et le transit de marchandises ainsi que les transactions financières destinés aux besoins usuels et à l'entretien des représentations suisses dans la République d'Irak et l'Etat du Koweït, du Comité international de la Croix-Rouge (CICR) et des entreprises suisses qui y sont établies;
- e) L'importation de marchandises et les transactions financières en faveur de l'ambassade d'Irak en Suisse ainsi que de la mission de l'Etat du Koweït auprès des Nations Unies à Genève, dans les limites des dispositions de droit international public applicables;
- f) Les cas de rigueur.

2 Le Département fédéral de l'économie publique peut accorder des autorisations exceptionnelles, d'entente avec le département intéressé. La décision peut être portée devant le Conseil fédéral.

Art. 5 Dispositions pénales

Art. 5 Dispositions d'exécution

¹Est punissable toute personne qui

Le Département fédéral de l'économie publique est habilité à

- a. Effectue des opérations au sens des articles 1 et 2 avec des personnes physiques ou des personnes morales de droit privé ou public de la République d'Irak ou de l'Etat du Koweït;
- b. Effectue de telles opérations avec des tiers alors qu'il sait ou doit présumer que les bénéficiaires effectifs sont des personnes physiques ou morales de droit privé ou public de la République d'Irak ou de l'Etat du Koweït;
- c. Viole l'obligation de déclarer fixée à l'article 3.

La présente ordonnance entre en vigueur le 7 août 1990 à 11 heures.

²Les peines sont les suivantes:

- a. Les infractions à l'interdiction de commerce, de transactions financières et de crédits sont punies de l'amende jusqu'à dix fois la valeur intérieure des biens concernés. La valeur intérieure est calculée selon le prix du marché applicable au moment de la découverte de l'infraction. Pour les transactions financières, la peine est l'amende jusqu'à dix fois la somme concernée.
- b. La violation de l'obligation de déclarer est punie de l'amende jusqu'à 2000 francs.

³La loi fédérale du 22 mars 1974 sur le droit pénal administratif est applicable. Le Département fédéral de l'économie publique est chargé de la poursuite et du jugement des infractions.

Definitiver Text

Ersetzt den vorangig verteilten Text

Art. 6 Dispositions d'exécution

Le Département fédéral de l'économie publique est habilité à arrêter les dispositions d'exécution nécessaires en accord avec le Département fédéral des affaires étrangères et le Département fédéral des finances.

Art. 7 Dispositions transitoires et entrée en vigueur

¹La présente ordonnance s'applique à toutes les opérations qui, au moment de l'entrée en vigueur, n'étaient pas encore menées à terme par une exécution bilatérale.

²La présente ordonnance entre en vigueur le 7 août 1990 à 11 heures.

17 945.206

Die Veröffentlichung in der AS ist massgebend

Definitiver Text

Ersetzt den vorgängig verteilten Text

Art. 1 Handelsverbot

Verordnung

über Wirtschaftsmassnahmen gegenüber der Republik
Irak und dem Staat Kuwait¹⁾

vom 7. August 1990

Der Schweizerische Bundesrat,

gestützt auf Artikel 102 Ziffern 8 und 9 der Bundesverfassung,

verordnet:Art. 1 Zahlungsverkehr, Kredite

Zahlungen und Darlehen an irakische oder kuwaitische natürliche oder juristische Personen privaten und öffentlichen Rechts in Zusammenhang mit Geschäften nach Artikel 1 sind untersagt.

Untersagt sind ferner sämtliche übrigen Finanztransaktionen an die irakische Regierung oder an gewerbliche, industrielle oder öffentliche Unternehmen oder an Privatpersonen in der Republik Irak und im Staat Kuwait.

Der Schutz der Guthaben in der Schweiz der rechtmässigen Regierung des Staates Kuwait wird durch eine gesonderte Verordnung geregelt.

SR 946.206

1) Die Veröffentlichung in der AS ist massgebend

Art. 1 Handelsverbot

¹Der Handel mit der Republik Irak und dem Staat Kuwait ist untersagt.

²Verboten sind namentlich:

- a. die Ein- und Durchfuhr von Waren irakischen oder kuwaitischen Ursprungs;
- b. die Ausfuhr von Waren nach der Republik Irak und dem Staat Kuwait;
- c. der Ankauf, Verkauf und die Vermittlung von Waren irakischen oder kuwaitischen Ursprungs;
- d. die Beförderung von Waren irakischen oder kuwaitischen Ursprungs und die Ueberlassung von Frachtraum zu diesem Zweck (Charter) durch Strassen-, See- und Lufttransportunternehmen.

Art. 2 Zahlungsverkehr, Kredite

¹Zahlungen und Darlehen an irakische oder kuwaitische natürliche oder juristische Personen privaten und öffentlichen Rechts im Zusammenhang mit Geschäften nach Artikel 1 sind untersagt.

²Untersagt sind ferner sämtliche übrigen Finanztransaktionen an die irakische Regierung oder an gewerbliche, industrielle oder öffentliche Unternehmen oder an Privatpersonen in der Republik Irak und im Staat Kuwait.

³Der Schutz der Guthaben in der Schweiz der rechtmässigen Regierung des Staates Kuwait wird durch eine gesonderte Verordnung geregelt.

Art. 3 Meldepflicht Volkswirtschaftsdepartement entscheidet nach Konsultation mit dem zuständigen Departement über Ausnahmsbe-

¹Meldepflichtig sind alle Geschäfte und Verhandlungen darüber, zwischen natürlichen oder juristischen Personen in der Schweiz und irakischen oder kuwaitischen natürlichen oder juristischen Personen privaten oder öffentlichen Rechts, welche zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Verordnung noch nicht durch beidseitige Erfüllung beendet wurden.

²Die Meldungen sind an das Eidgenössische Volkswirtschaftsdepartement zu richten.

Art. 4 Ausnahmen

¹Von der Verordnung sind ausgenommen:

- a. die Aus- und Durchfuhr von Waren zu medizinischen oder humanitären Zwecken;
- b. die Aus- und Durchfuhr von Lebensmitteln in humanitären Ausnahmesituationen;
- c. die Beförderung von Reisegepäck und -gut bei Personentransporten zu oder von der Republik Irak oder dem Staat Kuwait;
- d. die Aus- und Durchfuhr von Waren sowie der Zahlungsverkehr für den gewöhnlichen Bedarf und den Unterhalt der Schweizerischen Vertretungen in der Republik Irak und dem Staat Kuwait, des Internationalen Komitee für das Rote Kreuz (IKRK) und der dort niedergelassenen Schweizerischen Unternehmen;
- e. die Einfuhr von Waren und der Zahlungsverkehr zugunsten der irakischen Botschaft in der Schweiz sowie der kuwaitischen Mission bei den Vereinten Nationen in Genf, im Rahmen der anwendbaren völkerrechtlichen Bestimmungen;
- f. Härtefälle.

²Das Eidgenössische Volkswirtschaftsdepartement entscheidet nach Rücksprache mit dem zuständigen Departement über Ausnahmebewilligungen. Der Entscheid kann an den Bundesrat weitergezogen werden.

Art. 5 Strafbestimmungen

¹Strafbar ist:

- a. wer mit natürlichen oder juristischen Personen privaten oder öffentlichen Rechts aus der Republik Irak oder dem Staat Kuwait Geschäfte nach den Artikeln 1 und 2 tätigt;
- b. wer mit Dritten derartige Geschäfte tätigt, von denen er weiss oder annehmen muss, dass die tatsächlich Begünstigten natürliche oder juristische Personen privaten oder öffentlichen Rechts aus der Republik Irak oder dem Staat Kuwait sind;
- c. wer die Meldepflicht nach Artikel 3 verletzt.

²Strafen:

- a. Widerhandlungen gegen das Handels-, Zahlungs- und Kreditverbot werden mit Busse bis zum zehnfachen Betrag des Inlandwertes der Waren bestraft. Der Inlandwert richtet sich nach zu dem zur Zeit der Entdeckung geltenden Marktpreis. Bei den übrigen Finanztransaktionen gilt der zehnfache Betrag der in Frage stehenden Summe.
- b. Widerhandlungen gegen die Meldepflicht werden mit Busse bis zu Fr. 2'000.-- bestraft.

³Das Bundesgesetz vom 22. März 1974¹⁾ über das Verwaltungsstrafrecht findet Anwendung. Die Verfolgung und Beurteilung von Widerhandlungen ist dem Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartement übertragen.

1) SR 313.0

Verordnung des EVD über Wirtschaftsmassnahmen gegenüber der Republik Irak und dem Staat Kuwait

Art. 6 Vollzugsvorschriften

7. August 1990

Das Eidgenössische Volkswirtschaftsdepartement ist ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten und dem Eidgenössischen Finanzdepartement die erforderlichen Vollzugsvorschriften zu erlassen.

Verordnung des Bundesrates vom 7. August 1990¹ über Wirtschaftsmassnahmen gegenüber der Republik Irak und dem Staat Kuwait (Bundesratsverordnung)

Art. 7 Uebergangsbestimmungen, Inkrafttreten

¹Die Verordnung findet auf sämtliche Geschäfte Anwendung, welche im Zeitpunkt ihres Inkrafttretens nicht durch beidseitige Erfüllung beendet wurden.

Die Verordnung im Sinne von Art. 1 Abs. 1 der Bundesratsverordnung fällt auch die Einfuhr von Waren von und nach der Republik Irak und dem Staat Kuwait.

²Diese Verordnung tritt am 7. August 1990, 11.00 Uhr, in Kraft.

Diese fallen darunter neue expeditiostatische Dispositionen, die während des Durchgangs von Waren einländischen Ursprungs durch die Schweiz vorgenommen werden.

7. August 1990

Im Namen des Schweizerischen Bundesrates

Der Bundespräsident: Koller

Der Bundeskanzler: i.V. Couchepin

Die Verordnung enthält insbesondere Angaben über die Art der Ware, deren genaue Verwendungszweck, den Warenwert, den Versender, Empfänger und Warenführer bzw. bei Finanzmassnahmen die entsprechenden Angaben zu enthalten.

Die Ware sowie den Zahlungsverkehr gemäss Art. 4 Abs. 1 Bst. d der Bundesratsverordnung ist die Bewilligung für die Schweizerischen diplomatischen Vertretungen in der Republik Irak und dem Staat Kuwait sowie für das Internationale Komitee für das Rote Kreuz (IKRC) generell erteilt. Gleiches gilt für die irakische Botschaft/Mission in der Schweiz sowie die Kuwaitische Mission bei den Vereinten Nationen in Genf (Bst. e).

Diese ist die Bewilligung für persönliche Effekten gemäss Art. 4 Abs. 1 Bst. e der Bundesratsverordnung generell erteilt.

Verordnung des EVD über Wirtschaftsmassnahmen gegenüber der Republik Irak und dem Staat Kuwait

vom 8. August 1990

Das Eidgenössische Volkswirtschaftsdepartement,

gestützt auf Artikel 6 der Verordnung des Bundesrates vom 7. August 1990¹ über Wirtschaftsmassnahmen gegenüber der Republik Irak und dem Staat Kuwait (Bundesratsverordnung)

verordnet:

Art. 1 Handel

¹ Unter Handel im Sinne von Art. 1 Abs. 1 der Bundesratsverordnung fällt auch die Vermittlung von Waren von und nach der Republik Irak und dem Staat Kuwait.

² Ebenso fallen darunter neue speditionstechnische Dispositionen, die während des Transportes von Waren drittländischen Ursprungs durch die Schweiz vorgenommen werden.

Art. 2 Ausnahmewilligungen

¹ Wer eine Ausnahmewilligung gemäss Art. 4 der Bundesratsverordnung beansprucht, hat an das Eidgenössische Volkswirtschaftsdepartement (EVD), Bundesamt für Aussenwirtschaft, ein begründetes Gesuch zu richten.

² Das Gesuch hat insbesondere Angaben über die Art der Ware, deren genauen Verwendungszweck, den Warenwert, den Versender, Empfänger und Warenführer bzw. bei Finanztransaktionen die entsprechenden Angaben zu enthalten.

³ Für Waren sowie den Zahlungsverkehr gemäss Art. 4 Abs. 1 Bst. d der Bundesratsverordnung ist die Bewilligung für die Schweizerischen diplomatischen Vertretungen in der Republik Irak und dem Staat Kuwait sowie für das Internationale Komitee für das Rote Kreuz (IKRK) generell erteilt. Gleiches gilt für die irakische Botschaft/Mission in der Schweiz sowie die kuwaitische Mission bei den Vereinten Nationen in Genf (Bst. e).

⁴ Ebenso ist die Bewilligung für persönliche Effekten gemäss Art. 4 Abs. 1 Bst. c der Bundesratsverordnung generell erteilt.

1) AS 1990 ...

Art. 3 Meldepflicht

Die Meldungen von Geschäften gemäss Art. 3 der Bundesratsverordnung haben in schriftlicher Form spätestens bis zum 14. September 1990 zu erfolgen. Die Meldungen haben Angaben über Art, Zweck und Umfang des Geschäfts sowie die beteiligten Parteien zu enthalten.

Art. 4 Mitwirkung der Zollorgane

Waren im Sinne von Art. 1 der Bundesratsverordnung werden von den Zollorganen zurückgehalten. Sie erstatten dem EVD Meldung, das über das weitere Vorgehen entscheidet.

Art. 5 Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt rückwirkend auf den 7. August 1990, 11.00 Uhr, in Kraft.

Belawum

RS 945.205

Le texte publié dans le RO fait foi.

Texte définitif

Remplace le texte distribué précédemment

Ordonnance instituant des mesures économiques envers la République d'Irak et l'Etat du Koweït 1)

Les paiements et les prêts à des personnes physiques ou des personnes morales de droit public ou privé, du 7 août 1990. koweïtiennes, en rapport avec des opérations visées de l'article premier, sont interdites.

Le Conseil fédéral suisse,
vu l'article 102, chiffres 8 et 9 de la constitution,

insérées à l'intention du gouvernement irakien,
arrête: entreprises commerciales, industrielles ou du secteur public, ou de particuliers, en Irak ou au Koweït.

Article premier Interdiction de commerce avec l'Irak et l'Etat du Koweït
Le commerce avec l'Irak et l'Etat du Koweït est réglé par une ordonnance séparée.

1 Toute activité commerciale avec la République d'Irak et l'Etat du Koweït est interdite.

Article 2 Déclaration obligatoire

2 Sont notamment interdits:

Il doit obligatoirement être déclarées toutes les opérations visées ci-dessous.

- a. L'importation et le transit de marchandises d'origine irakienne ou koweïtienne;
- b. L'exportation de marchandises à destination de la République d'Irak ou de l'Etat du Koweït;
- c. L'achat et la vente de marchandises d'origine irakienne ou koweïtienne, ainsi que toute activité d'intermédiaire y relative;
- d. Le transport de marchandises d'origine irakienne ou koweïtienne et la mise à disposition de capacités de fret à cet effet par des entreprises de transport routier, maritime ou aérien.

RS 946.206

1) Le texte publié dans le RO fait foi.

Article 2 Transactions financières, crédits

- 1 Les paiements et les prêts à des personnes physiques ou des personnes morales de droit public ou privé, irakiennes ou koweïtiennes, en rapport avec des opérations au sens de l'article premier, sont interdits.
- 2 Sont en outre interdites toutes autres transactions financières à l'intention du gouvernement irakien, d'entreprises commerciales, industrielles ou du secteur public, ou de particuliers, en Irak ou au Koweït.
- 3 La protection des avoirs en Suisse du gouvernement légitime du Koweït est réglée par une ordonnance séparée.

Article 3 Déclaration obligatoire

- 1 Doivent obligatoirement être déclarées toutes les opérations et négociations y relatives, entre des personnes physiques ou morales en Suisse et des personnes physiques ou des personnes morales de droit public ou privé, irakiennes ou koweïtiennes, qui, au moment de l'entrée en vigueur de la présente ordonnance, n'étaient pas encore menées à terme par une exécution bilatérale.
- 2 Les déclarations doivent être adressées au Département fédéral de l'économie publique.

1. Les cas de rigueur.

2. Le Département fédéral de l'économie publique peut accorder des autorisations exceptionnelles, d'accord avec le département intéressé. La décision peut être portée devant le Conseil fédéral.

Article 4 Exceptions

1 Sont exceptés de la présente ordonnance:

- a. L'exportation et le transit de marchandises à des fins médicales ou humanitaires;
- b. L'exportation et le transit de denrées alimentaires dans des situations exceptionnelles, au titre de l'aide humanitaire;
- c. L'acheminement de bagages en cas de transports de personnes à destination ou en provenance de la République d'Irak ou de l'Etat du Koweït;
- d. L'exportation et le transit de marchandises ainsi que les transactions financières destinés aux besoins usuels et à l'entretien des représentations suisses dans la République d'Irak et l'Etat du Koweït, du Comité international de la Croix-Rouge (CICR) et des entreprises suisses qui y sont établies;
- e. L'importation de marchandises et les transactions financières en faveur de l'ambassade d'Irak en Suisse ainsi que de la mission de l'Etat du Koweït auprès des Nations Unies à Genève, dans les limites des dispositions de droit international public applicables;
- f. Les cas de rigueur.

2 Le Département fédéral de l'économie publique peut accorder des autorisations exceptionnelles, d'entente avec le département intéressé. La décision peut être portée devant le Conseil fédéral.

Art. 5 Dispositions pénales

¹Est punissable toute personne qui

- a. Effectue des opérations au sens des articles 1 et 2 avec des personnes physiques ou des personnes morales de droit privé ou public de la République d'Irak ou de l'Etat du Koweït;
- b. Effectue de telles opérations avec des tiers alors qu'il sait ou doit présumer que les bénéficiaires effectifs sont des personnes physiques ou des personnes morales de droit privé ou public de la République d'Irak ou de l'Etat du Koweït;
- c. Viole l'obligation de déclarer fixée à l'article 3.

²Les peines sont les suivantes:

- a. La violation de l'interdiction de commerce, de paiements et de crédits est punie de l'amende jusqu'à dix fois la valeur intérieure des marchandises concernées. La valeur intérieure est calculée selon le prix du marché applicable au moment de la découverte de l'infraction. Pour les autres transactions financières, la peine est l'amende jusqu'à dix fois la somme concernée.
- b. La violation de l'obligation de déclarer est punie de l'amende jusqu'à 2000 francs.

³La loi fédérale du 22 mars 1974¹⁾ sur le droit pénal administratif est applicable. Le Département fédéral de l'économie publique est chargé de la poursuite et du jugement des infractions.

¹⁾ RS 313.0

Art. 6 Dispositions d'exécution économiques envers la République d'Irak et

Le Département fédéral de l'économie publique est habilité à arrêter les dispositions d'exécution nécessaires en accord avec le Département fédéral des affaires étrangères et le Département fédéral des finances.

Art. 7 Dispositions transitoires et entrée en vigueur

¹La présente ordonnance s'applique à toutes les opérations qui, au moment de l'entrée en vigueur, n'étaient pas encore menées à terme par une exécution bilatérale.

²La présente ordonnance entre en vigueur le 7 août 1990 à 11 heures. *Activité commerciale*

7 août 1990

Au nom du Conseil fédéral suisse

Le président de la Confédération: Koller

Le chancelier de la Confédération:

e.r. Couchepin

Ordonnance du DFEP instituant des mesures économiques envers la République d'Irak et l'Etat du Koweït

du 8 août 1990

Le Département fédéral de l'économie publique,

se fondant sur l'article 6 de l'Ordonnance du Conseil fédéral du 7 août 1990¹ instituant des mesures économiques envers la République d'Irak et l'Etat du Koweït (Ordonnance du Conseil fédéral)

arrête:

Article premier **Activité commerciale**

¹ Sous le terme activité commerciale au sens de l'art. 1 premier alinéa de l'Ordonnance du Conseil fédéral tombe également le fait de servir d'intermédiaire dans des opérations concernant des marchandises en provenance et à destination de la République d'Irak et de l'Etat du Koweït.

² De même tombent sous ce terme les nouvelles dispositions techniques en matière de transport prises durant le passage à travers la Suisse de marchandises d'origine tierce.

Article 2 **Autorisations exceptionnelles**

¹ Quiconque désire une autorisation exceptionnelle en application de l'art. 4 de l'Ordonnance du Conseil fédéral doit présenter une demande motivée au Département fédéral de l'économie publique (DFEP), Office fédéral des affaires économiques extérieures.

² La demande doit notamment comporter des indications sur le genre de la marchandise, son but exact d'utilisation, la valeur de la marchandise, l'expéditeur, le destinataire et le conducteur de la marchandise, respectivement lors de transactions financières, les indications correspondantes.

³ Pour les marchandises et les transactions financières selon l'art. 4 al. 1 lit. d de l'Ordonnance du Conseil fédéral, l'autorisation générale est accordée aux représentations diplomatiques suisses en République d'Irak et au Koweït ainsi qu'au Comité International de

1) RO 1990 ...

la Croix-Rouge (CICR). Il en va de même pour l'Ambassade/Mission irakienne en Suisse et pour la Mission koweïtienne auprès des Nations-Unies à Genève (lit. e).

⁴ De même, l'autorisation générale est accordée pour les effets personnels selon l'art. 4 al. 1 lit. c de l'Ordonnance du Conseil fédéral.

Article 3 Déclaration obligatoire

Les déclarations d'opérations selon l'art. 3 de l'Ordonnance du Conseil fédéral doivent être faites dans la forme écrite au plus tard jusqu'au 14 septembre 1990. Les déclarations doivent comporter des indications sur le genre, le but et l'étendue de l'opération ainsi que sur les parties concernées.

Article 4 Collaboration des organes de douane

Les marchandises au sens de l'art. 1 de l'Ordonnance du Conseil fédéral sont arrêtées par les organes des douanes. Ces derniers font une communication au DFEP qui décide.

Article 5 Entrée en vigueur

Cette ordonnance entre rétroactivement en vigueur le 7 août 1990 à 11 heures.

Helamm

Für getragenen Sachverhalt
der Protokollführung